

## **Europäische Kommission veröffentlicht Fünften Bericht über wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt und über die Zukunft der EU-Kohäsionspolitik ab 2013 – Rhein-Kreis Neuss beteiligt sich an der Öffentlichen Konsultation**

Am 10.11.2010 hat die Europäische Kommission den „**Fünften Bericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt**“ (in der Fachsprache **Kohäsionsbericht**) sowie eine zusammenfassende Mitteilung über Schlussfolgerungen aus dem Fünften Bericht und die Zukunft der Kohäsionspolitik vorgelegt. Ein Kohäsionsbericht wird alle drei Jahre von der Europäischen Kommission erstellt und informiert über die Ergebnisse der Strukturfondsförderung und der EU-Regionalpolitik insgesamt; gleichzeitig listet er Veränderungs-/Verbesserungsvorschläge für die zukünftige Aus(G)estaltung der EU-Regionalpolitik auf.

**Der 5. Kohäsionsbericht ist, da er wie angekündigt, bereits recht eindeutige Aussagen über die Ausgestaltung der EU-Kohäsionspolitik nach 2013 macht, von besonderer Bedeutung. Daher hat sich der Rhein-Kreis Neuss an der Öffentlichen Konsultation der Europäischen Kommission zu den o.g. Vorlagen mit einer eigenen Stellungnahme beteiligt, die anliegend wiedergegeben ist:**

„Der Rhein-Kreis Neuss war erstmalig mit der jetzigen EU-Strukturfondsförderperiode Ziel 2-Gebiet. Im Rahmen der NRW-EU-Ziel 2-Wettbewerbe konnte sich der Kreis sowohl als lead partner als auch als Projektpartner erfolgreich platzieren und seine Schwerpunkte und Stärken (Logistik, Tourismus, Textilien, Chemie und Agrobusiness) in regionale und interregionale Cluster von Gebietskörperschaften, wissenschaftlichen Einrichtungen und Unternehmen einbringen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass es allerdings bei der dezentralen Beantragung und Abwicklung der Projekte zeitliche wie bürokratische Hürden zu überwinden gab. So war der Zeitraum zwischen Antrag und Bewilligung zu lang und die Antragsbedingungen zahlreich und aufwendig zu erfüllen.

Der Rhein-Kreis Neuss hat die Diskussionen um die inhaltliche und finanzielle Ausgestaltung der EU-Kohäsionspolitik nach 2013 seit Beginn intensiv verfolgt und möchte vor dem Hintergrund der gemachten Erfahrungen seine Interessen für die kommende EU-Strukturfondsförderperiode wie folgt deutlich machen:

1. Der Rhein-Kreis Neuss ist an einer Fortsetzung der aus seiner Sicht erfolgreichen EU-Strukturpolitik interessiert, **vor allem sollte in der kommenden Förderperiode das Ziel 2 erhalten bleiben und damit alle Regionen in der EU die Möglichkeit haben, finanzielle Unterstützung für regional wichtige Projekte zu erhalten.**

2. Der Rhein-Kreis Neuss hat Verständnis für die Überlegung, ein neues Ziel für die Regionen im Bereich 75 bis 90 % des durchschnittlichen EU-BIP´s einzuführen, dies sollte jedoch nicht dazu führen, dass die bisherigen Ziel 2-Regionen weniger Finanzunterstützung erhalten als bisher. In der jetzigen Förderperiode haben sich durch den neuartigen Ansatz der Clusterförderung in NRW strukturschwache und starke Regionen in Verbundprojekten zusammenschließen und sich gegenseitig bei der Beseitigung von Schwächen bzw. der Stärkung von Stärken unterstützen können. Sollte die Ziel 2 Förderung künftig wegfallen, wären die bereits guten Ansätze und Erfolge in dieser Zusammenarbeit nicht weiter auszubauen bzw. nicht zu halten.

3. Der Rhein-Kreis Neuss sieht die Notwendigkeit der Fokussierung der EU-Strukturfonds auf die (Kern)Ziele der Strategie Europa 2020. Gerade für die besser entwickelten Regionen würde aus seiner Sicht aber die Begrenzung auf 2-3 Kernziele in der kommenden EU-Strukturfondsförderperiode kontraproduktiv sein. Denn in NRW gibt es immer noch entscheidende wirtschaftliche Entwicklungsunterschiede zwischen den Regionen, dies bedeutet, dass die Regionen auch unterschiedlich von den einzelnen Zielen und der Notwendigkeit zur Umsetzung der Ziele betroffen sind bzw. aufgrund ihrer notwendigen Entwicklungsschwerpunkte diese nicht immer aufgreifen und umsetzen können oder wollen.

Es wäre daher sinnvoll, wenn auch im kommenden NRW-EU-Ziel 2-Programm die Antragsteller die Möglichkeit hätten, sich aus allen Kernzielen der Strategie Europa 2020 ihr Schwerpunktthema auszuwählen, um dieses dann im Rahmen eines Verbundprojektes mit anderen (stärkeren) Projektpartnern durchführen zu können. Die Vorgabe der Konzentration auf zwei bis drei Ziele würde u.U. weiterhin dazu führen, dass Kreise oder Städte bei der EU-Förderung außen vorbleiben, weil sie von den vorgegebenen Zielen nicht in einem entscheidenden strategischen Ausmaß betroffen sind und daher nicht investieren wollen oder können.

In diesem Zusammenhang möchten wir verstärkend auch auf die finanziell schwierige Situation vieler Gemeinden, Städte und Kreise in Deutschland allgemein hinweisen. Dies zwingt immer mehr Gebietskörperschaften, zwischenzeitlich auch den Rhein-Kreis Neuss, ihre (finanziellen) Ressourcen auf aufgesuchte Vorhaben aus den als strategisch

identifizierten Bereichen zu konzentrieren; eine Co-Finanzierung mehrerer oder vieler Vorhaben gleichzeitig ist auf absehbare Zeit nicht möglich.

4. Der Rhein-Kreis Neuss sieht ebenfalls die Notwendigkeit für die Aufnahme einer Stadtförderung, ist jedoch enttäuscht darüber, dass der ländliche Raum mit seinen Herausforderungen nicht oder nur am Rande genannt wird. Lediglich einmal wird in den Schlussfolgerungen aus dem Fünften Bericht ... unter Punkt 3.1 die Verbindung Stadt/Land erwähnt; es bleibt bei der kurzen Erläuterung „hinsichtlich des Zugangs zu erschwinglichen und hochwertigen Infrastruktureinrichtungen und Dienstleistungen“. Dies sind jedoch nicht die einzigen Bedürfnisse der Stadt-Land-Gebiete, vor allem fehlt aber eine Erwähnung und sinnvolle Einbeziehung ihrer möglichen Stärken in eine zukünftige Förderung unter den EU-Strukturfonds.

Der Rhein-Kreis Neuss ist zwar zu 60 % seines Gebietes ländlich geprägt, doch zugleich ein hochentwickelter Energie- und Technologiestandort mit einem großen Bestand an leistungs- und forschungsstarken kleinen und mittleren Unternehmen. Aufgrund seiner Stärken und seiner verkehrstechnischen Lage bildet der Rhein-Kreis Neuss ein wichtiges Scharnier zwischen den Großstädten Köln und Düsseldorf und ist in der Kooperation mit seinen Nachbarn ein wichtiger strategischer Partner. Diese Konstellation müsste unseres Erachtens, da sie auch auf andere Gegenden in NRW und sicher auch in Deutschland zutrifft, stärker in der Ausgestaltung der kommenden EU-Kohäsionsperiode betont werden. **Für diese Stadt-Land-Verbindung wünschen wir uns ebenfalls eine anteilige Förderung, da in einer solchen Kooperation Vorteile für beide Seiten entstehen, weil unterschiedliche Stärken zusammengeführt zu Synergieeffekten führen.**

5. **Der Rhein-Kreis Neuss unterstützt die Absicht der Europäischen Kommission, die lokale Ebene bei der dezentralen Umsetzung und Durchführung der Programme stärker mit einzubeziehen,** da vor Ort Erfahrung und Wissen um den Entwicklungsstand und die notwendigen Entwicklungsschritte vorhanden sind und das Gelingen eines Projektes ganz entscheidend von der Einbeziehung aller jeweils zuständigen lokalen Akteure abhängig ist.

6. **Der Rhein-Kreis Neuss sieht die geplante Erhöhung des Darlehensanteils bei der Finanzierung von EU-Projekten skeptisch,** da bereits in der laufenden EU-Strukturfondsförderperiode angesichts der finanziell schwierigen Lage vieler Gebietskörperschaften die Aufbringung des geforderten Eigenanteils eine Herausforderung bedeutet bzw. unmöglich ist; bei einer Erhöhung des Darlehensanteils bzw. der Verringerung

des Zuschussanteils besteht die Gefahr, dass sich die Beteiligung der lokalen Ebene an EU-finanzierten Projekten erheblich reduziert.

**7. Der Rhein-Kreis Neuss unterstützt die Planungen der Europäischen Kommission, den Verwaltungsaufwand bei der Beantragung und Abwicklung der EU-Projekte zu reduzieren und die Finanzprüfung zu vereinfachen;** die zurzeit geltenden umfangreichen und zeitaufwendigen Antrags- und Prüfverfahren stellen für Gebietskörperschaften und kleine und mittlere Unternehmen gleichermaßen eine Herausforderung dar und führen zu einer Zurückhaltung gegenüber der Beantragung künftiger EU-Projekte.

Wir würden uns freuen, wenn die oben dargelegten Punkte und Argumente Eingang in die Gestaltung der zukünftigen EU-Kohäsionspolitik finden würden“.